Pester Lloyd
18.V.1917
65

Die Organisation des städtischen Bürgertums.

— Plenarsitzung des Ungarischen Städtekongresses. —

Budapest, 18. Mai.

Würdig, imposant in ihren Aeußerlichkeiten, bedeutungsvoll in ihren Enunziationen und Beschlüssen, verlief die heute vormittag im großen Saale des neuen Stadthauses abgehaltene dritte Plenarsitzung des Kongresses der ungarischen Städte. Die Initiative, die der Bürgermeister der Haupt- und Residenzstadt Budapest Dr. Stefan Bárczy, der Präsident des Kongresses, ergriffen, um die Bürgerschaft der ungarischen Städte, diese vornehme Trägerin der nationalen Kultur und des nationalen Fortschrittes, zur Erreichung gemeinsamer Ziele, zur Förderung des Wohles der ungarischen Städte zu vereinigen, hatte den gewünschten Erfolg, und der Verlauf der heutigen Sitzung kann als ein glänzender Beweis dafür angesehen werden, daß die Saat, die der mit Recht so populäre Bürgermeister von Budapest ausgestreut, auf guten Boden gefallen ist und die schönsten Früchte verspricht. Der Aufruf, den er an die Bürgerschaft der ungarischen Städte gerichtet, damit sie sich im gemeinsamen Interesse organisieren, fand in allen Städten den begeistertsten Widerhall, und fast ohne Ausnahme beeilten sich die ungarischen Städte, dem lauten Rufe Dr. Bárczys Folge zu leisten, sich der für ihre Zukunft überaus wichtigen Aktion anzuschließen und zu der heutigen Plenarsitzung ihre Vertreter zu entsenden.

Der Beginn der Sitzung war für 10 Uhr angesetzt, doch schon lange vor dieser Zeit war der große Beratungssaal dicht gefüllt. Aus allen Gauen des Landes hatten sich die Vertreter der städtischen Bürgerschaft des Landes eingefunden, um sich im Namen ihrer Städte, die sie vertraten, der Bewegung anzuschließen. Auch die Reichstagsabgeordneten der Städte leisteten in großer Zahl der Einladung, an der Plenarsitzung teilzunehmen, Folge und dokumentierten durch ihre Anwesenheit, daß sie die Organisation in Erkenntnis ihrer hochwichtigen Ziele billigen und sich mit den Wünschen und Bestrebungen der Bürgerschaft, die sie im Parlament vertreten, vollständig identifizieren.

Es waren folgende Städte vertreten:

Arad, Baja, Bazin, Bártfa, Beregßász, Beßtercze, Beßterczebánya, Brassó, Breznóbánya, Budapest, Csikßereda, Debrecen, Dés, Déva, Dicsőszentmárton, Dobsina, Eger, Eperjes, Erzsébetváros, Eßtergom, Ersekujvár, Fehértemplom, Felsőbánya, Gyergyószentmiklós, Gyöngyös, Gör, Gyula, Gyulafehérvár, Hajdúböszörmény, Hajdunánás, Hajdúszoboßló, Hátßeg, Hódmezővásárhely, Igló, Jászberény, Jolsva, Kaposvár, Karánsebes, Karcag, Kassa, Kecskemét, Késmárk, Kézdivásárhely, Kiskunfélegyháza, Kismarton, Kißeben, Kisújßállás, Kolozsvár, Komárom, Korpona, Körnöcbánya, Kőßeg, Leibic, Léva, Losonc, Löcse, Lugos, Magyarkanizsa, Makó, Marosvásárhely, Máramarosßiget, Medgyes, Mezőtur, Miskolc, Munkács, Nagybánya, Nagybecskerek, Nagyenyed, Nagykanizsa, Nagykároly, Nagykikinda, Nagykörös, Nagyröcze, Naghßeben, Nagyßombat, Nagyvárad, Nyiregyháza, Nyitra, Pancsova, Pápa, Pécs, Poprád, Pozsony, Rimaßombat, Rozsnyó, Rózsahegy, Rußt, Sátoraljaujhely, Segesvár, Selmec- und Bélabánya, Sepsiszentgyörgy, Sopron, Szabadka, Szakolca, Szamosujvár, Szatmárnémeti, Szászrégen, Szászsebes, Szászváros, Szeged, Szekßárd, Szentendre, Szentes, Szentgyörgy, Székelyudvarhely, Szekesfehérvár, Szilágysomlyó, Szolnok, Szombathely, Temesvár, Torda, Trencsén, Turkeve, Ujbánya, Ujpest, Ujvidék, Ungvár, Vajdahunyad, Versec, Veßprém, Zalaegerßeg, Zenta, Zilah, Zólyom.

Die folgenden Reichstagsabgeordneten waren anwesend: Graf Béla Serényi (Beßtercebánya), Josef Szterényi (Brassó), Georg Lukács (Gyula), Koloman Münnich (Igló), Dr. Johann Benedek (Hajdúböszörmény), Desider Abrahám (Karcag), Graf Kuno Klebelsberg und Gustav Kálmán (Kolozsvár), Géza Polónyi (Léva), Dr. Béla Török (Losonc), Gabriel Ugron (Marosvásárhely), Johann Tóth (Mezötur), Stefan Szentpáli (Miskolc), Béla Földes (Nagybánya), Géza Bosnyák (Nagykanizsa), Nikolaus Tabákovics (Nagykikinda), Josef Bakó (Nagykörös), Emil Neugeboren (Naghßeben), Géza Hoványi (Nagyvárad), Ladislaus Meskó (Nyiregyháza), Nikolaus Zsolnay (Pécs), Ladislaus Czobor (Selmec), Dr. Philipp Darvai (Szászsebes), Izsó Rósa (Szeged), Ladislaus Almásy (Szentendre), Géza Szüllö (Szentgyörgy), Béla Barabás (Szilágysomlyó), Orbán Siposs (Szolnok), Heinrich Béla (Trencsén), Ludwig Szlezák (Ujvidék), Alexander Söpkéz (Vajdahunyad), Matthias Skrovinc (Zólyom).

Die Hauptstadt Budapest war offiziell vertreten durch Dr. Béla Feleki, Dr. Samuel Glücksthal, Dr. Johann Hegedüs, Dr. Franz Springer, Béla Paksy und Hugo Preyer. Außerdem waren zahlreiche andere Stadtrepräsentanten anwesend.

Der Verlauf der Sitzung wurde durch eine Reihe auf hohem Niveau stehender, gehaltvoller Reden gekennzeichnet, die offen und ohne Rückhalt die Gravamina und die Wünsche der Städte verdolmetschten. Einen großen Erfolg erzielte der Miskolcer Bürgermeister Dr. Franz Nagy, dessen Rede oft von stürmischem Beifall, Applaus und Eljenrufen unterbrochen, einen nicht minderen Erfolg Hofrat Max Márkus, dessen klare, logische Ausführungen starken Widerhall in dem Saale fanden. Nach fast vierstündiger Debatte wurde der Beschlußantrag einstimmig angenommen.

Der Verlauf der Sitzung.

Um viertel 11 Uhr eröffnete Präsident des Kongresses, Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy, von den Versammelten stürmisch akklamiert, die Plenarsitzung und begrüßte in warmen Worten die zahlreich erschienenen Vertreter der ungarischen Städte.

Hierauf verlas Generalsekretär Dr. Franz Harrer den auf die Feststellung des städtischen Programms und der Organisation der städtischen Bürgerschaft bezüglichen Beschlußantrag.

Der Beschlußantrag.

Der Landeskongreß der ungarischen Städte verhandelte in seiner am 18. Mai 1917 in Budapest abgehaltenen Plenarsitzung vom Gesichtspunkte unserer nationalen Zukunft die Bedingungen für die Entwicklung der Städte und das Wohl der städtischen Bürgerschaft — welche Bedingungen infolge des innigen Zusammenhanges zwischen dem städtischen und dem staatlichen Leben naturgemäß auch die Bedingungen für die Entwicklung des ganzen Landes sind — und stellte folgendes fest:

Die Entwicklung der ungarischen Städte ist eine der hervorragendsten Anforderungen der auf den Ausbau des neuen ungarischen Nationalstaates gerichteten Politik. Nicht nur lebt ein ansehnlicher Teil der Bevölkerung des Landes in den Städten, auch das Leben der Bevölkerung der in der Umgegend der Städte befindlichen Gemeinden ist eng mit den städtischen Gemeinwesen verknüpft und überdies fassen die Städte einen der höchsten Werte unseres Vaterlandes in wirtschaftlicher, kultureller und auch in nationaler Hinsicht in sich. Diesen kostbaren Wert hat die vor keiner Schwierigkeit zurückscheuende, ausdauernde Arbeit der städtischen Bürgerschaft geschaffen, und die geschichtlichen Zeiten, die wir jetzt erleben, heischen eine vielfache Steigerung der Kräfte dieser Bürgerschaft. Demgegenüber sehen wir, daß die Städte in ihrer gegenwärtigen Lage außerstande sind, ihren Beruf restlos zu erfüllen.

Die Aufgabe, vor der heute die Bürgerschaft steht, ist, durch eine mutige Initiative unsere unversehrt gebliebenen physischen und geistigen Kräfte zu befreien und in die Arbeit einzustellen, alle verfügbaren Kräfte wieder herzustellen, neue anzupflanzen, alle verfügbaren Kräfte der Arbeit der Wiedererrichtung dienstbar zu machen und dadurch unser Vaterland einem neueren und reicheren Leben entgegenzuführen.

In der städtischen Politik bedeutet dies:

die Reorganisation der Städte im Geiste der Freiheit der Selbstverwaltung, einerseits durch die Beteiligung aller Schichten der städtischen Bürgerschaft an der Selbstverwaltung und andererseits durch eine Verminderung der staatlichen Einmengung und Befreiung der Städte mit geordnetem Magistrat von der Komitatsherrschaft;

die finanzielle Unabhängigkeit der Städte und, durch Ueberlassung entwicklungsfähiger Steuern, die Erhöhung ihrer Fähigkeit, die stetig zunehmenden Lasten zu ertragen, eine formelle und materielle Erleichterung der städtischen Kredittransaktionen und schließlich einen Ersatz der mit der Erledigung von Landesangelegenheiten verbundenen Kosten, in erster Reihe der Kriegsausgaben der Städte, durch den Staat;

den Aufschwung des städtischen volkswirtschaftlichen Lebens, in erster Reihe durch die Wiederbelebung des Baugewerbes;

die Befriedigung der zwei Hauptbedürfnisse der konsumierenden Bürgerschaften: der guten, gesunden und wohlfeilen Nahrung und Wohnung.

In der Landespolitik aber bedeutet dies:

die Herrschaft des Volkes in Gesetzgebung und auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens;

eine einfache, rasche und lebensvolle Verwaltung mit gutbezahlten, sachverständigen und unabhängigen Beamten;

die gleichmäßige proportionelle und gerechte Verteilung der öffentlichen Lasten auf die ganze Gesellschaft;

die Steigerung der Produktion nach jeder Richtung hin und innerhalb der Schranken des Gemeinwohles die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung;

großzügige Investitionen auf der ganzen Linie des staatlichen Lebens;

die Schaffung aller rechtlichen, gesellschaftlichen und administrativen Bedingungen dafür, daß in der Populationsbewegung die Geburtenziffern steigen, die Sterblichkeit zurückgehe und das dem Leben gerettete Menschenmaterial ein menschenwürdiges Leben führe, sich vorwärtsbringen könne;

die Sicherstellung einer geregelten Lebenshaltung für die von ihrer Arbeit Lebenden, die Fürsorge für die Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen, mit einem Wort: eine ernste, kräftige soziale Politik.

Der Landeskongreß der ungarischen Städte erblickt in der Erfüllung dieser Wünsche die Bedingungen für die Entwicklung der ungarischen Städte und das Wohl der städtischen Bürgerschaft; indem der Kongreß dies erklärt, fordert er die Bürger des Landes auf, sich dieses Programm zu eigen zu machen, ihre Vereinigungen und Körperschaften, überhaupt ihre bürgerlichen Organisationen in den Dienst der Verwirklichung dieses Programms zu stellen. Aus dieser harmonischen Tätigkeit, die keine Aktion zur Gründung einer besonderen politischen Landespartei zu sein wünscht, wird sich der öffentliche Geist herausgestalten, der gebieterisch fordern wird, daß die Bürgerschaft der Städte in den Vertretungskörpern und in der Gesetzgebung nur durch solche Männer vertreten sei, die die Forderungen der Städte offen als ihr Programm anerkennen und bereit sind, für deren Verwirklichung unbedingt und mit voller Kraft einzutreten. Auf solche Art werden die Städte endlich in den Besitz jenes sozialen und politischen Gewichtes gelangen, auf das sie mit Recht Anspruch erheben dürfen.

Die Bürgerschaft faßt alle Interessenten der Produktion in sich: der Arbeit, des Kapitals, doch auch — besonders in den Städten landwirtschaftlichen Charakters — des Grundbesitzes, und die Interessen der verschiedenen Produktionszweige verschmelzen sich in den Städten innig mit den allgemeinen Interessen des Konsums; diese Lage erschwert wohl eine einheitliche Organisierung der Bürgerschaft, doch bringt sie die universelle Bedeutung der einheitlichen Interessen der Bürgerschaft zum Ausdruck.

Die Notwendigkeit des Weltkrieges haben die schier unbegrenzten Möglichkeiten der menschlichen Schaffenskraft erschlossen. Der in schweren Prüfungen gestählten Bürgerschaft harrt der Nachweis, daß aus dieser Schaffenskraft nicht allein Verheerung, sondern auch wirtschaftliche und kulturelle Neugeburt und Blüte sprießen kann.

Die Verlesung des Beschlußantrages wurde vielfach durch lebhafte Beifallskundgebungen unterbrochen.

Der Präsident verwies sodann mit Freude auf die große Teilnahme der Städte an dem heutigen wichtigen Ereignis. Er erörterte in längerer Rede die Bedeutung der Organisation der städtischen Bürgerschaft und deren wichtige Ziele, deren Erreichung durch die Vereinigung ermöglicht werden soll. Er sagte unter anderem:

Die Rede des Bürgermeisters Bárczy:

Geehrter Kongreß!

Der Hauptzweck der Einberufung dieses Kongresses war, uns mit der Frage der Organisierung der städtischen Bürgerschaft zu beschäftigen. In dem der Einladung beigefügten Beschlußantrag haben wir klar ausgeführt, weshalb wir die Organisation der Bürgerschaft als notwendig und aktuell erachten und was diese Organisation nach unserer Auffassung in der städtischen und in der Landespolitik bedeutet. Wir haben klar erklärt, daß wir keine neue politische Partei gründen, sondern durch die Organisation der städtischen Bürgerschaft den Städten das soziale und politische Gewicht sichern wollen, das ihnen mit Recht zukommt. Unsere Aktion hat im ganzen Lande großes Interesse ausgelöst, doch bedauerlicherweise zu verschiedenen Mißverständnissen, falschen Deutungen, ja sogar Verdächtigungen geführt. Man warf uns namentlich vor, daß wir eine städtische politische Partei gründen wollen, während wir doch klar erklärt haben, daß dies nicht in unserer Absicht liegt. Die Feststellung des definitiven Programms ist Sache der erstehenden Organisation. Wir wollten in dem Beschlußantrag nur die allgemeinen Richtlinien dieses Programms festlegen. Schon als ich Bürgermeister der Hauptstadt wurde, wurde in mir der Gedanke erweckt, eine Landesorganisation der Städte durchzuführen. Denn ich sah das Elend der ungarischen Städte, die Fesseln der staatlichen und munizipalen Bevormundung, die finanziellen Uebel, das fortwährende Zunehmen der Verwaltungsagenden, die furchtbare Zurückgebliebenheit der hygienischen Einrichtungen, die Verheerungen der Volkskrankheiten und die Rückständigkeit der Prophylaxis gegen diese Krankheiten, und ich sah die belanglose Rolle, die die Städte im öffentlichen Leben des Landes spielen. Zunächst gelang es, die beiden damals schon bestehenden Vereine, den Verein der Bürgermeister der mit Munizipalrecht bekleideten Städte und den Verein der Städte mit geregeltem Magistrat zum Kongreß der ungarischen Städte zu vereinigen. Wir konnten schon durch diese Organisation manche Erfolge erzielen. Allein in den meisten und wichtigsten Fragen blieben unsere Aktionen, gerade weil hinter uns keine kraftvolle Organisation stand, erfolglos. Die städtische Bürgerschaft war nicht organisiert, sie konnte die universellen Interessen der städtischen Bevölkerung infolgedessen nicht vollständig erkennen und entsprechend zum Ausdruck bringen. Wir müssen daher dafür sorgen, daß die städtische Bürgerschaft ihre vitalen Interessen klar feststellt, ihren Willen kundgibt und für die Durchführung ihres Willens Sorge trägt. Dieses Ziel schwebt vor unseren Augen. Die städtischen Angelegenheiten im engeren Sinn sollen auch weiter in den Wirkungskreis des Landeskongresses der ungarischen Städte gehören. Die wirkungsvollere Pflege der städtischen Bürgerschaft aber muß einer neuen, parallel mit dem Kongreß wirkenden Organisation übertragen werden. Diese Organisation wird ihren Namen und ihr Programm selbst feststellen. Einstweilen will ich sie Bürgerbund nennen. Der Kongreß wird stets in den wichtigeren städtischen Fragen der Unterstützung des Bürgerbundes bedürfen, während der Bürgerbund in den Fragen der Verwaltung und der Institutionen der Städte in erster Reihe die Ratschläge begutachten und fachgemäße Arbeit des Kongresses in Anspruch nehmen wird.

Es ist nunmehr zweifellos, daß die künftige Wohlfahrt der ungarischen Städte und der ungarischen Bürgerschaft davon abhängt, wie wir unmittelbar nach dem Kriege mit der größten Beschleunigung und mit dem größten Erfolge die verlorenen Kräfte ersetzen, die materiellen und moralischen Verheerungen des Krieges wettmachen, die neuen Lasten ertragen, die Verbreitung der Volkskrankheiten hemmen, das Verhältnis der Geburten verbessern, das Verhältnis der Säuglingssterblichkeit vermindern, die Auswanderung beseitigen und die Rückbeförderung der Ausgewanderten fördern können. Wir müssen mit einer klugen, zielbewußten sozialen Politik für die Aufgaben der Volkswohlfahrt sorgen, große Investitionen machen, den Arbeitslosen Arbeit und Erwerb geben und einen Aufschwung unserer Volkswirtschaft anstreben. Mit den vorbereitenden Arbeiten für dieses großangelegte Programm darf nicht bis nach dem Kriege gewartet werden. Wir müssen diese Arbeiten schon jetzt im Interesse des Landes durchführen. Und zu diesem Zwecke müssen wir zunächst die Fragen klären, die die Lebensinteressen der ungarischen Städte und der städtischen Bürgerschaft betreffen, und wie wir diese Interessen befriedigen können. Wer hat das Recht, Einspruch dagegen zu erheben, wenn die ungarische Bürgerschaft das will? Und sie will es. Das Selbstbewußtsein der ungarischen Bürgerschaft ist erwacht, sie will diese Organisation und wir werden diese Organisation auch schaffen.

Von vielen Seiten behauptet man, diese neue Gestaltung sei eine verhüllte Aktion der Partei der nationalen Arbeit. Andere behaupten das Gegenteil. Sie sagen, wir wollten die Reihen der Partei der nationalen Arbeit durchbrechen. Beide Verdächtigungen sind vollständig grundlos. Wir beschäftigen uns mit parteipolitischen Fragen nicht. Man wirft uns auch vor, wir wollen neue Klasseninteressen in den Kampf führen, wir wollen unsere ohnehin vielfach zerklüftete Gesellschaft mit einer neuen zersetzenden Gruppierung vermehren, und man weist auch darauf hin, daß die städtische Bürgerschaft nicht aus einer einheitlichen Gesellschaftsklasse besteht, sondern daß sämtliche gesellschaftlichen Klassen, deren Interessen häufig diametral entgegengesetzt sind, darin vertreten sind. Die Organisation der städtischen Bürgerschaft strebt aber nicht die Verwirklichung einseitiger Klasseninteressen, sondern die billige Ausgleichung der Interessen der verschiedenen Klassen an. Der Vorteil der Organisation liegt gerade darin, daß sie eine ungerechte Hypertrophie der Interessen der einzelnen Gesellschaftsklassen verhindern will. Es ist zweifellos, daß die vielfache Gliederung der Gesellschaft eine einheitliche Organisation erschwert. Allein daraus folgt keineswegs, daß wir diese Organisation nicht machen, sondern im Gegenteil, daß wir bestrebt sein müssen, die Schwierigkeiten zu bewältigen. Der Bürgerbund muß nach meiner Ansicht in erster Reihe die Interessen der